

für? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? –

(Heiterkeit)

Die SPD-Fraktion. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Diese Reihenfolge ermöglicht mir, den Kopf einmal anders herumzudrehen. Das ist ganz angenehm. Ich freue mich, wenn Sie so flexibel mitstimmen können.

Wir kommen zur laufenden Nummer 57: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3248**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 58: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3249**. Wer ist für diesen Antrag? – Wiederum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 59: **Änderungsantrag Drucksache 14/3250**. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist **abgelehnt**. – Herzlichen Dank; das war in etwa so zu erwarten.

Wir kommen zur laufenden Nummer 60: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3251**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 61: **Änderungsantrag Drucksache 14/3252**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum letzten **Änderungsantrag** zum Einzelplan 10 mit der laufenden Nummer 62: **Drucksache 14/3253**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3010**. Wer ist für diesen

Einzelplan? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen den Einzelplan 10? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Damit ist auch dieser Einzelplan mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **beschlossen** worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe **Einzelplan 03** auf:

Innenministerium

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3003 sowie die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen laufende Nummern 69 bis 73 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung über den **Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“**.

Es hat sich als erster Redner der Kollege Dr. Rudolph aus der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

(Allgemeine Unruhe)

– Ich bitte Sie, den Saal wie immer leise und mit der nötigen Aufmerksamkeit für den Redner zu verlassen bzw. sich hier zu platzieren.

Bitte schön, Herr Rudolph, Sie haben das Wort.

Dr. Karsten Rudolph¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Sie können die Kolleginnen und Kollegen gerne aufordern, hierzubleiben. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Offen gesagt: Nach 18 Monaten schwarz-gelber Regierungstätigkeit im Bereich der Innenpolitik stellt diese einen Redner der Opposition vor eine schier unlösbare Aufgabe und zudem noch vor ein großes Rätsel. Das große Rätsel zuerst: Nach Jahren der Opposition und Regenerierung – die einen hatten 39 Jahre Zeit, die anderen nur 25 Jahre – sowie nach Jahren der Begleitung erfolgreicher sozialdemokratischer Innenpolitik mit Forderungen nach mehr Polizei, nach keinen Sonderopfern für Beamte, nach kräftigen Reformen in der Polizeiorganisation sieht man jetzt sei 18 Monate eine Koalition in der Innenpolitik am Werk, die sich vor allen Dingen durch Kraftlosigkeit, durch Konzeptlosigkeit, durch Beliebigkeit, durch Erfolglosigkeit und letzten Endes durch Substanzlosigkeit auszeichnet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn man unterstellt, dass ein Landeshaushalt im Grunde genommen in Zahlen geronnene Politik darstellt, wird man bei Durchsicht des Einzelplans 03 feststellen: Politik findet eigentlich nicht statt. Denn Sie finden in diesem Einzelplan keinen

einzigsten positiven Akzent, den Schwarz-Gelb nach 18 Monaten vortragen kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist deshalb so bedauerlich, weil Sie alle wissen, dass die Probleme der inneren Sicherheit auf der Hand liegen, dass sich die Herausforderungen verändert haben, dass wir mit den Sicherheitsbehörden ins Digitalzeitalter gehen, aber den Digitalfunk noch nicht haben, dass sich neue Techniken in Täterhand befinden, dass sich der Polizeialltag verändert hat, dass wir vor der Herausforderung des internationalen Terrorismus stehen, aber auch vor vielen Schwierigkeiten und Problemen bei der üblichen und allgemeinen Verbrechensbekämpfung. Dabei sind die Probleme bei der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz und bei den Rettungsdiensten noch gar nicht erwähnt.

Nun die unlösbare Aufgabe: Wenn man sich als Oppositionsredner gründlich mit dem, was die Regierung macht, was sie nicht macht oder falsch macht, auseinandersetzen wollte, bräuchte man 70 Minuten und nicht sieben. In diesen 70 Minuten müsste man einmal zusammen mit der Regierung darüber nachdenken – wir haben das gestern gesehen –: Was ist eigentlich passiert? Wie kann es sein, dass die Polizei in unserem Land inzwischen offensichtlich mehr Demonstrationen macht als begleitet?

(Beifall von der SPD)

Das ist eine interessante Entwicklung, und man müsste darüber reden, wie es dazu kommt.

Bei 70 Minuten müssten wir auch ernsthaft darüber reden, was es heißt, ein Landespersonalvertretungsgesetz zu novellieren, das mit zu den Markenzeichen Nordrhein-Westfalens gehörte und das, was soziales Gewissen war, auch unterstrich, und wie es dazu kommt, dass jetzt ein nordrhein-westfälischer Innenminister sagt: Unser Vorbild bei der Novellierung dieses Gesetzes ist Baden-Württemberg. Es ist schlecht für Nordrhein-Westfalen, wenn es sich als größtes Bundesland, das in seiner 60-jährigen Geschichte viel vorzuweisen hat – wir haben es alle gehört –, nun Baden-Württemberg beim Mitbestimmungsrecht zum Vorbild nehmen will.

Wir müssten uns darüber unterhalten, warum bis heute nicht klar ist, was aus Linnich wird. Der Stadtrat hat uns gestern oder vorgestern noch eine einstimmig verabschiedete Resolution zugesandt. Es wird geprüft bis zum Umfallen – nur die Beschäftigten, die Stadt, die Region bleiben im Unklaren.

Wir müssten darüber reden, ob es eigentlich eine Ente war, die ich in meiner Heimatzeitung, der „Westfälischen Rundschau“ von Meschede, am 20. Dezember gelesen habe, wo sich darüber beklagt wird, dass der NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Beamten, also auch den Polizei- und den Feuerwehrbeamten, offenbar ein schlechtes Weihnachtsgeschenk unter den Tannenbaum gelegt hat. Es heißt – so wird in der Presse erklärt – von Vertretern der Personalräte: Die Rechte der Personalvertretungen sollen fast auf das Organisieren der Weihnachtsfeier reduziert werden.

Wir müssten uns auch darüber unterhalten, was in diesen Briefen noch alles steht. Dort wird sich weiter darüber mokiert – ich hoffe, das ist falsch, und Sie können das klarstellen, Herr Innenminister oder Herr Ministerpräsident –, ich zitiere einen Vertreter der Steuergewerkschaft: Von wenig Feingefühl zeugt auch noch der Aufruf zur Organspende, der zusammen mit den Mitteilungen des um weitere 40 % gekürzten Weihnachtsgeldes versandt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist der Stil dieser Landesregierung, den Beamten 40 % abzunehmen und sie gleichzeitig darum zu bitten, Organe zu spenden. Das kommt nicht gut an. Deswegen bräuchte man mehr als sieben Minuten, um darüber zu reden, was das eigentliche Ziel dieser Landesregierung im Umgang mit ihren Beschäftigten ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir könnten auch darüber sprechen, warum der Landespräventionsrat immer noch ohne Geld da steht, warum das Gutachten über die Altersentwicklung bei der Polizei immer noch zurückgehalten wird. – Offensichtlich weil es keine Antworten gibt.

Wir müssten darüber sprechen, warum die Feuerwehr jetzt Überstunden angeordnet bekommt, nur weil die Regierung es versäumt hat, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, damit Überstunden bezahlt werden.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, dieses Versäumnis liegt daran, dass der Ministerpräsident mehr auf CDU-Parteitaggen unterwegs ist und mehr das Hauen und Stechen in seiner Staatskanzlei fördert, als im Land unterwegs zu sein und sich um die Menschen zu kümmern, um die er sich kümmern soll, worauf er seinen Amtseid geleistet hat.

(Beifall von der SPD)

Schließlich – ich komme zum Schluss, meine Redezeit ist abgelaufen – müssten wir gründlich darüber sprechen, warum die Organisation der Polizei im Sande steckt, alle Reformen versandet sind.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie sind damit gescheitert. Sie haben bei den Kreispolizeibehörden angefangen, kommen nicht weiter, und Ihr Prinzip ist: Wenn Sie unten nicht weiterkommen und dort etwas kaputtgemacht haben, dann gehen Sie eine Stufe höher zu den Bezirksregierungen und machen da auch alles kaputt. Das Ergebnis ist ganz seltsam: Sie schaffen zwei neue Landesoberbehörden. Das ist Ihr eigentümlicher Weihnachtsbeitrag, Herr Innenminister, zur Schaffung von Bürokratieabbau.

Ich komme zum Schlusssatz:

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, in den letzten 60 Jahren hat es keine Landesregierung geschafft, in so kurzer Zeit so viel Unruhe und Unsicherheit zu verbreiten, zu so viel Verunsicherung beizutragen und

(Beifall von der SPD)

einen derartigen Vertrauensverlust in der inneren Politik herbeizuführen. Ich sage Ihnen: Machen Sie so weiter! Die Opposition freut es nicht, denn uns geht es auch ums Land.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir müssen feststellen: Sie versinken mit Ihrer Innenpolitik in politischer Kraftlosigkeit. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rudolph. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geschätzter Kollege Rudolph, ich möchte sofort zu Ihren Ausführungen kommen. Die Opposition der vergangenen beiden Perioden war dadurch gekennzeichnet, dass eigene Anträge,

(Zurufe von der SPD)

eigene Konzepte, eigene Initiativen vorgestellt und diskutiert wurden. Was haben Sie als SPD-Fraktion, als innenpolitischer Sprecher heute zu diesem Einzelplan 03 vorgetragen? – Ich erkenne keinen Antrag, keine Idee, keinen neuen Vorschlag. Von Ihnen ist nichts gekommen.

(Zuruf von der CDU: Heiße Luft!)

Ich sage auch in aller Offenheit: Die neue Landesregierung kann die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte nicht in einer Periode korrigieren, sondern es wird voraussichtlich sehr viel länger dauern.

(Beifall von der CDU)

Ich sage ebenfalls mit aller Nachdenklichkeit: Auch mit dem vorliegenden Entwurf für den Landeshaushalt 2007 verdeutlicht die Landesregierung, dass die Konsolidierung des Haushaltes absolute Priorität behält. Zu dieser Grundausrichtung – es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Haushaltsplanberatungen – gibt es ernsthaft diskutiert keine Alternative.

Weil die Möglichkeiten unseres Landes zur Generierung zusätzlicher Einnahmen begrenzt sind, muss die Konsolidierung des Landeshaushaltes konsequenterweise über eine Reduzierung der Ausgaben erfolgen. Seit Mitte des vergangenen Jahres haben wir erhebliche Schritte zur Auflösung des hinterlassenen Reformstaus und zur Modernisierung unseres Landes unternommen. Die Zielvorgaben der Koalitionsfraktionen und unserer Landesregierung sind eindeutig: Wir wollen die Verwaltung des Landes verschlanken, bisher unübersichtliche Kompetenzen entflechten sowie Transparenz und Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln erhöhen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Die Verwaltungsstrukturreform gehört ohne Zweifel zu den schwierigsten Reformvorhaben. Sie wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Sie ist nicht nur deswegen erforderlich, weil wir vor einer dramatischen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stehen und die Sanierung dringend geboten ist, sondern auch deswegen, weil wir den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken müssen und ohne Innovationen des öffentlichen Sektors unser Bundesland nicht fit ist für die internationalen Herausforderungen.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung trotz der notwendigen Veränderungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erhalten und verbessern. Auf diesem mehrere Jahre andauernden Weg der Veränderungen wird auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einiges zusätzlich an persönlichem Einsatz abverlangt. Nicht nur bei den Personalräten oder den Personal- und/oder Interessenvertretungen lösen die von der Landesregierung bis jetzt eingeleiteten Schritte eine mitunter starke und emotionale Betroffenheit aus – bis hin zu Widerständen, Prozes-

sen, Demonstrationen und Mahnwachen bei einer Vielzahl von Beschäftigten. Das wird von uns nicht unterschätzt.

Wir werden uns darum bemühen, die Menschen in diesem notwendigen Prozess mitzunehmen, wohl wissend, dass dies leichter vorgetragen als getan ist. Aber das ist der Unterschied zu Ihnen, Herr Kollege Rudolph: Sie waren ideell Ende der 90er-Jahre so weit wie wir zu Beginn dieser Legislaturperiode. Sie sind aber dem Widerstand erlegen. Sie haben zugesagt vor Protesten kapituliert. Das verdeutlichen alle Protokolle der vergangenen Legislaturperioden. Sie haben davor kapituliert. Wir haben nicht nur den theoretischen Willen, sondern auch die politische Kraft, die notwendigen Reformen durchzusetzen. Denn zu diesem schon im Landtagswahlkampf diskutierten und in der Koalition vereinbarten Weg des Bürokratieabbaus gibt es keine Alternative.

Mit dem vor wenigen Tagen verabschiedeten Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen ist das Land aus unserer Sicht einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu weniger Bürokratie und mehr Bürgerfreundlichkeit gegangen. Die Eingliederung von Sonderbehörden schafft klarere Strukturen und richtet die Verwaltung des Landes auf mehr Leistung und Qualität aus. Dabei leidet die Qualität der ehemaligen Sonderbehörden nicht, sondern sie wird aus unserer Sicht durch neue Bündelungen und Synergieeffekte gestärkt.

CDU und FDP werden auch im kommenden Jahr den eingeschlagenen Kurs der Neuorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung fortsetzen, weil wir mehr auf die Fähigkeiten der Menschen vertrauen, statt auf die Regulierungen durch Staat und Bürokratie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionspartner räumen der inneren Sicherheit weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Sie bleibt eine Kern- und Zukunfts- und damit auch eine klassische Landesaufgabe.

Im Zeitalter der Globalisierung, der offenen Grenzen für Menschen, Waren und Dienstleistungen und der Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus wächst die Bedeutung an öffentlicher Sicherheit für Lebensqualität und Gemeinschaftsleben, aber auch für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts. Wir wissen alle, dass zum Beispiel die Anonymität von Ballungsgebieten, die vielfache Auflösung tradierter Sozialstrukturen, die europäische Entwicklung und viele andere Entwicklungen die Schwellen für kriminelles Handeln herabgesetzt haben. Wir wollen alle, dass Nord-

rhein-Westfalen ein liberales, sicheres und natürlich lebenswertes Land ist. Deswegen darf die Gefährdung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verhinderung von Straftaten nie dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen.

Ich gestehe uneingeschränkt zu, dass die Stimmungslage bei den Polizeibediensteten zurzeit alles andere als gut ist. Sie ist aus einer Vielzahl wahrscheinlich unterschiedlicher Gründen zum Teil niedergedrückt und emotionsgeladen. Das nehmen wir außerordentlich ernst, wohl wissend, dass wahrscheinlich kein schneller Beitrag zur kurzfristigen Verbesserung beziehungsweise zur Beruhigung geleistet werden kann, zumal die Möglichkeiten in Anbetracht der hohen Personalkostenquote nur in sehr geringem Umfang gegeben sind. Deswegen verfolgen wir konsequent die Linie, Polizeivollzugskräfte im Vollzugsdienst und nicht fachfremd für Verwaltungstätigkeiten einzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Dem Bedarf an Verwaltungskräften in den Polizeibehörden möchten wir durch Umsetzungen in der Landesverwaltung entsprechen. Deshalb war es richtig, die Polizeiorganisation zu verändern und Strukturen zu verschlanken. Mit der Herauslösung der Dezernate 25 und 26 aus den Bezirksregierungen lösen wir nicht nur die Polizeiabteilungen auf und verlagern Aufgaben an bestehende Polizeibehörden, sondern bemühen uns auch darum, Effizienzgewinne durch Binnenmodernisierung zu erzielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich benötigen wir auch im Bereich der Polizei langfristig ausgerichtete Personalentwicklungs- und Einsatzkonzepte. Die Debatte über die Altersstruktur haben wir hier kürzlich geführt. Arbeitsverdichtungen und weitere, sprich zusätzliche Aufgaben der polizeilichen Arbeit gehören genauso in ein Gesamtkonzept wie die Polizeidichte in den sogenannten ländlichen Bereichen unseres Landes. Die Kriminalitätsentwicklung erfordert ebenfalls eine Neuausrichtung der Aus- und Fortbildung. Das sind nur einige Aspekte, die für uns ebenso auf der Tagesordnung stehen wie die Novellierung des Polizeigesetzes. Wie gesagt: Wir können nicht alle Fehlentwicklungen der Vergangenheit in ein bis zwei Jahren, geschweige denn in einer Periode, korrigieren.

Zum Schluss möchte ich ausdrücklich die unendliche Geschichte der Einführung des Digitalfunks ansprechen – Herr Kollege Rudolph hat es, wenn ich es richtig mitbekommen habe, indirekt auch

angesprochen –, die vor mehreren Perioden hier im Landtag begonnen hat, verbunden mit der eindringlichen Bitte an Sie, Herr Minister Wolf, alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, damit tatsächlich eine abschließende Entscheidung von Bund und Ländern spätestens bis zum Frühjahr 2007 getroffen werden kann und bis Ende 2010 bundesweit einheitlich die Funkversorgung der BOS auf digitaler Basis eingeführt ist. Alleingänge eines Landes oder der Alleingang Nordrhein-Westfalens machen aus meiner Sicht keinen Sinn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 03 leistet einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und behält die Kernaufgaben im Blick. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Einzelplan. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kruse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Düker das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Einzelplan 03 reden wir in erster Linie über die Sicherheit in unserem Land, über die Polizei und die Feuerwehr. Ich sage Ihnen: Dieses letzte Jahr war kein gutes Jahr für die Polizei und Feuerwehr in unserem Land.

Schauen wir uns den Bereich der Polizei an. Herr Kruse, Sie haben Ihre Wahlversprechen wieder gebrochen. Wenn Sie den Satz „Wir können in den fünf Jahren nicht sofort alles ändern!“ auf Wahlveranstaltungen, auf denen wir teilweise auch zusammen waren, gesagt hätten, dann wäre das gut gewesen. Aber nein, Sie haben den Beschäftigten der Polizei versprochen: Wir werden die Zahl der Einstellung von Polizistinnen und Polizisten von 500 auf 1.000 verdoppeln, und zwar gleich zu Beginn unserer Regierungszeit. – Sie machen das Gegenteil und setzen es fort.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Als wir sehr schmerzhaft Einschnitte bei der Bezahlung von Beamtinnen und Beamten vorgenommen haben, haben Sie sich vor den Landtag gestellt und das stark kritisiert. Sie haben angekündigt, dass Sie auch das zurücknehmen werden.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

– Sie haben dagegen gestimmt.

Was machen Sie? – Sie kürzen das Weihnachtsgeld der Beschäftigten weiter. Sie machen das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben. Das ist keine gute Politik für die Beschäftigten gerade bei der Polizei.

Herr Minister, Sie überziehen das Land mit einer unorganisierten, chaotischen Polizeireform, die diesen Namen sowohl hinsichtlich der Binnenstruktur – also des Behördenaufbaus – als auch hinsichtlich des äußeren Aufbaus nicht verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kruse erklärte, dass Sie verschlanken und Behörden abbauen wollen. Wir haben immer noch 47 Kreispolizeibehörden in diesem Land. Das sind mehr als alle anderen Bundesländer zusammen haben. Warum fangen Sie denn dann nicht bei der Polizei an? Ich sage es Ihnen: Sie machen es nicht, weil dort Landräte sitzen, die das Parteibuch der CDU haben und Herr Palmen darüber wacht, dass denen nichts weggenommen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist doch die Leitlinie Ihrer Strukturreformpolitik. Sie überziehen das Land mit einem unbefristeten großflächigen Feldversuch: Jede Polizeibehörde darf sich organisieren, wie sie will, und nachher wird überprüft, was dabei herauskommt. Man hat schon den Überblick verloren, wie viele Modellversuche gerade bei der Polizei im Land stattfinden.

Anstatt Reformen aus einem Guss, machen Sie bei der Polizei das Gegenteil. Sie verunsichern die Beschäftigten, brechen Ihre Wahlversprechen und richten solch ein Chaos an, dass ich im letzten Jahr – ich spreche viel mit Polizisten und Polizistinnen – keinen Polizisten mehr getroffen habe, der gesagt hat: Das ist unser Innenminister. Sie haben gesagt: Das ist nicht mehr unser Minister. So viel Verunsicherung gab es noch nie. Ich freue mich, dass diese Polizei noch so gute Arbeit leistet. Aber diese gute Arbeit leistet sie nicht wegen, sondern trotz Ihrer Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So wie Sie mit den Sicherheits- und Rahmenbedingungen in unserem Land umgehen, befürchte ich, dass dies nicht mehr lange der Fall sein wird.

Was passiert bei der Feuerwehr? Die EU beschließt neue Arbeitszeitregelungen, und das ist nicht erst seit gestern bekannt. Über den Zeitraum von einem Jahr gibt es ein Gezerre, wie die neuen Arbeitszeiten für die Feuerwehr in NRW umgesetzt werden sollen.

Im Ergebnis muss die Opposition Ihnen mit einem Eilantrag drei Wochen vor Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitregelung vorhalten, dass Sie die Notbremse ziehen müssen. Wenn Sie nämlich jetzt nicht handeln, wird im Lande das Chaos ausbrechen. Denn die Kommunen sind nicht in die Lage versetzt worden, die Mehrarbeit, die sie bei den Feuerwehren brauchen, bezahlen zu können, weil Sie ihnen die gesetzlichen Regelungen verweigern. Auch hier haben Sie ein Chaos angerichtet. Wenn wir Ihnen vonseiten der Opposition nicht noch einmal vor Augen geführt hätten, dass Sie die Notbremse, die Sie schließlich sehr halbherzig gezogen haben, ziehen müssen, und Sie von uns zum Jagen getragen worden wären, dann würde bei der Feuerwehr am 1. Januar ein riesiges Chaos entstehen.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Auch dort richten Sie Unheil an und schaffen Chaos statt Struktur.

Anstatt eine vernünftige gesetzliche Grundlage zu schaffen, die immer noch nicht vorliegt, wird jetzt – Herr Kollege Rudolph hat darauf hingewiesen – halbherzig versucht, diese Arbeitszeitverordnung auf dem Verordnungswege vernünftig zu gestalten.

Neben der Sicherheit liegt mir persönlich ein zweiter großer Bereich sehr am Herzen, nämlich der Minderheitenschutz und die Flüchtlinge, die sich in unserem Land aufhalten. Herr Minister, auch für die Flüchtlinge in unserem Land war es kein gutes Jahr. Eine inhumane Abschiebep Praxis sondergleichen setzt sich in diesem Land fort.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Es werden Familien getrennt und in den Flieger gesetzt. Familienväter werden abgeschoben, um den Rest der Familie zur Ausreise zu bewegen. Es werden Kranke abgeschoben. Wir haben nach wie vor die Diskussion über die Abschiebung in den Kosovo, wo nach wie vor keine Strukturen bestehen, sodass Menschen dort keine vernünftige Behandlung finden können.

Bei der Debatte Bleiberecht – dafür muss ich der CDU sehr dankbar sein – haben wir Unterstützung von der CDU bekommen, um Sie, Herr Minister, von einem Irrweg abzubringen, der Gott sei Dank in dem IMK-Beschluss halbwegs in die richtige Richtung zeigt. Wir konnten aber nur zusammen mit der CDU erreichen, dass Sie einen Richtungswechsel vorgenommen haben.

Letzter Punkt: Es war ein schlechtes Jahr für die Bürgerrechte in diesem Land. Wir haben hier ges-

tern in dritter Lesung das Verfassungsschutzgesetz beraten – es wurde mit Mehrheit beschlossen –, das einen immensen Einschnitt in die Bürgerrechte der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen mit sich bringt.

Sosehr Sie sich bei der Polizei aus dem Fenster hängen und sagen: „Bei den Polizisten konsolidieren wir nicht“, was aber nur für den operativen Bereich zutrifft und nicht für den Verwaltungsbereich, so sehr werden Sie Ihrem Versprechen, Sicherheit und Freiheit seien bei Ihnen gleichberechtigt prioritär, beim Datenschutz nicht gerecht. Denn bei der Datenschutzbeauftragten werden Stellen abgebaut. Sie ist nicht vom Stellenabbau ausgenommen, wie man das für den operativen Bereich der Polizei durchaus feststellen kann. Auch da keine Bewegung von Ihnen! – Ich sehe mit Sorge, wie es um die Bürgerrechte in diesem Land bestellt ist.

Meine Damen und Herren, sicherheitspolitisch, bürgerrechtspolitisch, flüchtlingspolitisch keine gute Zeit! Ich hoffe sehr, dass Ihnen bei der ein oder anderen Debatte, die wir hier führen, noch ein Funken an Einsicht kommt und sich Ihre Politik ändert. Das wäre wichtig für die Sicherheit, aber auch für die Minderheiten in unserem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Engel das Wort.

Horst Engel* (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rudolph, Frau Düker, zu Beginn einige Bemerkungen zu Ihren Beiträgen!

Herr Dr. Rudolph, Sie haben am Anfang zu Recht versucht, zu erläutern, dass ein Haushalt die – so haben Sie formuliert – in Zahlen geronnene Politik darstelle. Sie hätten im Einzelplan 03, also im Haushalt des Innenministeriums, keine Veränderung festgestellt. – Richtig! Denn als wir die Regierung übernommen hatten, haben wir festgestellt, wie viel Sand wir im Getriebe haben, wie viel Fehlentwicklung im Apparat steckt, wie viele Schätze gehoben werden können, wie viele ausgebildete Polizeibeamte – das ist, der Hauptpunkt, wenn wir über den Innenhaushalt reden – Verwaltungsarbeit leisten. Wir haben uns entschlossen, zunächst diese Schätze zu heben. Erst dann, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, werden wir sehen, ob wir im Haushalt tatsächlich sichtbar mit neuen Ansätzen zum Beispiel zu mehr Personal kommen. Das bitte ich immer zu berücksichtigen.

Bei dem Hinweis, bei der Feuerwehr sei auch nichts passiert, verschweigen Sie einfach, dass schon die alte Regierung mit Blick den Weltjugendtag 2005 und natürlich auch mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft begonnen hatte, alle Feuerwehren der Kreise zum Beispiele mit Rettungscontainern auszustatten. Es war ein Millionenaufwand, Verbandsplätze für massenhaft Verletzte einzurichten, diese notärztlich zu versorgen, bevor sie dann weitertransportiert wurden. – Auch das ist passiert. Das wird einfach verschwiegen. Ich wiederhole das, weil wir ja auch Zuhörer auf den Tribünen haben.

Frau Düker, Sie sagen zur Polizeiorganisation, wir hätten hier in Nordrhein-Westfalen – wie haben Sie es formuliert? – eine unorganisierte, chaotische Polizeireform. Das ist falsch. Wir haben 21 Polizeipräsiden, demnächst minus zwei, und wir haben Landratsbehörden. Innerhalb der Polizeipräsiden und Landratsbehörden gibt es kleine Veränderungen, und zwar nur entweder die Beibehaltung der Abteilung Gefahrenabwehr/Strafverfolgung oder – reines Direktionsmodell – den Verzicht auf diese Ebene. Etwas anderes gibt es gar nicht, weder unorganisiert noch chaotisch.

Warum machen wir das so? Wir machen das, weil wir tatsächlich festgestellt haben, dass die Behördenleiter vor Ort in der Lage sind, wenn sie eine eigene Organisation im Rahmen dieser Vorgaben – Landratsbehörden, Polizeipräsiden, Direktionsmodell – führen, Kräfte freizumachen. Auch das erleben wir. Das Innenministerium kennt jede einzelne Behörde, jeden einzelnen Genehmigungserlass, weiß ganz genau – ich hoffe, dass wir im ersten Halbjahr 2007 die Zahlen bekommen –, wie viel da an Personal gehoben wurde.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal meine eigene Behörde im Rhein-Erft-Kreis genannt: 44 Polizeibeamte mehr, ohne dass das im Landeshaushalt sichtbar wird, ohne dass wir dazu eine Neueinstellung vornehmen. Diese 44 Mann

(Zuruf von der SPD: Keine Frauen?)

haben vorher nämlich etwas anderes gemacht als echten Dienst in Kommissariaten, im Bezirksdienst oder im Streifendienst.

Also: Die Operation, erst den Sand aus dem Getriebe herauszulassen, bevor wir mit frischem Geld den Landeshaushalt belasten – das hieße in Wahrheit ja auch, zusätzlich Schulden zu machen –, ist die richtige.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vom Geld gesprochen und auch gestern an dieser Stelle gesagt: Die Lasten verteilen wir auf

möglichst viele Schultern. Der Ministerpräsident – ich darf ihn an dieser Stelle zitieren – hat gesagt: Alle werden es merken. – Genau so ist das. Kein Einziger ist ausgeklammert. Das gilt für die Kommunen genauso wie für die landesweiten Einrichtungen, natürlich auch für die Landtagsfraktionen, für dieses Parlament und für die Kabinettsmitglieder.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Wirkung einer Haushaltskonsolidierung am größten ist, wenn sie über die Ausgabenseite erfolgt, wenn sie bei Transferausgaben und im Personalbereich und nicht bei den Investitionen ansetzt, kann dabei auch der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben. Das ist leider so. Gemeinsam müssen wir durch das tiefe Tal hindurch.

Ich wiederhole kurz einige Kennziffern: Wir haben 112 Milliarden € Schulden übernommen, das verlangt jeden Tag fast 14 Millionen € Zins- und Zinsseszinszahlungen, Geld, das wir zu den Banken bringen, jeden Tag. Wir haben 413.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 667 Landesbehörden und rund 300 Einrichtungen vorgefunden, also ungefähr 1.000 Einrichtungen, die wir versuchen zu bündeln, zu verschlanken, um am Ende – es wird nicht ein einziger Mitarbeiter entlassen; dass wissen Sie – über eine wirkliche Verwaltungsstrukturreform zu besserer Arbeit zu kommen, damit Nordrhein-Westfalen das Land mit den kürzesten Genehmigungszeiten wird.

Ich wiederhole: mit den kürzesten Genehmigungszeiten, damit internationales Kapital dieses Land entdeckt. So kommen wir dann über Investitionen zu Wachstum und Beschäftigung. Erst dann – das ist die Botschaft auch an den öffentlichen Dienst – gibt es möglicherweise wieder Verteilungsspielräume. Die haben wir jetzt einfach nicht.

Die innere Sicherheit – insofern haben meine Vordrner da den richtigen Schwerpunkt gesetzt; dass ist völlig klar – ist eine Kernaufgabe dieses Staates, ist selbstverständlich eine zentrale Aufgabe dieser neuen Landesregierung. Es gilt der Satz „Mehr Fahrten – weniger verwalten!“. Sie kennen ihn. Wir finden ihn beinahe in jedem Erlass wieder. Das ist richtig und das ist auch vor Ort angekommen.

Zu dem Bereich der Binnenmodernisierung möchte ich noch einmal etwas griffiger formulieren. Die Behördenleiter haben zum Beispiel erkannt, dass allein der Status einer Polizeiinspektion weder direkt noch indirekt etwas mit der Bekämpfung von Kriminalität oder von Hauptunfallursachen zu tun hat.

Schwerpunkte bleiben der Bezirksdienst, die Kommissariate und der Streifendienst. Jeder aus der Polizei- und Führungsbürokratie zurück gewonnene Polizeivollzugsbeamte wird in Zukunft in diesem Bereich eingesetzt. Mehr Bezirksbeamte schaffen mehr Bürgernähe. Mehr Kommissariatsbeamte verbessern die Aufklärungsarbeit. Mehr Streifenbeamte verkürzen die Fahrt zum Einsatzort. Das lohnt sich. Jede Investition und Kreativität auf diesem Gebiet lohnen sich wirklich. Kurz: Das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl wird gestärkt.

Die zweigeteilte Laufbahn der Polizei bleibt erhalten. Daran kratzt und rüttelt niemand. Im Jahr 2007 wird die dritte Tranche der Beförderungen eingelöst. Etwa Mitte 2007 sind die Polizeidezernate bei den fünf Bezirksregierungen aufgelöst. Das Landeskriminalamt und die ZPD werden einen neuen Namen bekommen. Das Institut für Aus- und Fortbildung wird die verbleibenden Restaufgaben übernehmen.

Allein diese Operation schaffte etwa 150 Polizeibeamte für operative Aufgaben frei. Dies geschah amtsangemessen. Insofern wird Ihre Befürchtung, Herr Dr. Rudolph, nicht eintreffen.

Mit 500 Neueinstellungen, dem Wegfall von Freistellungen bei aufgelösten Behörden – auch das muss man erwähnen –, dem Wegfall von bestimmten Softwareprogrammen, die Manpower gebunden haben, und mit der Binnenmodernisierung wird der wirkliche Polizeidienst in Bezirken, Kommissariaten und Streifendiensten am Ende nächsten Jahres mit über 2.000 Schutzleuten verstärkt sein, ohne dass wir einen einzigen Beamten neu eingestellt haben. Ausnahme sind die genannten 500 Einstellungen. Den Nachweis dafür werden wir im nächsten Jahr liefern.

Ich gehe davon aus, dass der Innenminister voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die Zahlen im Innenausschuss vorlegen wird. Ich sagte das bereits, und ich erwarte das auch so.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis beziehungsweise einen kleinen Appell an die Polizeigewerkschaften, insbesondere an die verantwortlichen Funktionäre der Gewerkschaft der Polizei, anbringen: Kommen Sie an den Tisch der Argumente und der sachlichen Auseinandersetzung im Wettbewerb

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

um die besseren Konzepte für die innere Sicherheit zurück! – Ich habe ihr jüngstes Flugblatt mitgebracht. Damit machen sie sich unreflektiert ei-

nen Pressebericht über den tragischen Suizid eines Kriminalbeamten zu Eigen. Sie instrumentalisieren ihn quasi für gewerkschaftliche Zwecke. Das ist nur grenzwertig, sondern das geht gar nicht.

Damit Sie alle wissen was gemeint ist:

(Horst Engel [FDP] hält eine Zeitung hoch.)

Das haben Sie in Ihren Postfächern gehabt. Schauen Sie einmal hinein. Das geht wirklich nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch zwei Minuten Redezeit. Lassen Sie mich kurz auf die Verwaltungsstrukturreform eingehen.

Seit wir die Regierung übernommen haben, verknüpfen wir mit der Entbürokratisierung ein zentrales politisches Aktionsfeld. Bis zum heutigen Tag haben wir etwa 45 Maßnahmen umgesetzt: Verwaltungsmodernisierung, -verdichtung, Bürokratieabbau. – Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Sie kennen die wichtigsten Punkte. Wir haben das Standardbefreiungsgesetz und das Bürokratieabbaugesetz I beschlossen. Und mit dem Behördenstraffungsgesetz haben wir in diesem Jahr erheblich an Dynamik gewonnen. Das vor wenigen Wochen beschlossene Behördenstraffungsgesetz stellt dabei einen echten Meilenstein im laufenden Verwaltungsstrukturprozess dar. Wir setzen diesen Weg unbeirrt fort. Wir werden am Ende des Prozesses eine schlankere, eine kürzer, aber genau so effizient arbeitende Verwaltung haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist zwar klar, aber ich wiederhole es noch einmal: Das größte Haushaltsproblem, das wir haben, ist die riesige Lücke zwischen dem, was das Land bezahlen muss, und dem, was es einnimmt. Wir wollen diese Lücke schließen. Bereits in diesem Jahr ist ein verfassungskonformer Haushalt sichtbar. Das hätten wir uns nicht träumen lassen. Ich hoffe, wir schaffen es.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Die Haushälter haben die Idee entwickelt, dass sich Ausgaben und Einnahmen die Waage halten. Im Jahr 2010 oder etwa später werden wir es sicherstellen.

Herr Innenminister, zum Schluss sage ich noch einmal herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte, diesen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte aber auch die vielen Hilfsorganisationen einschließen, die wir nicht nur im Bereich der Feuerwehr, sondern auch im Bereich des Katastrophenschutzes kennen. Sie haben uns in diesem Jahr wie auch im letzten Jahr bei den zu bewältigenden Großlagen wirklich geholfen.

(Zurufe von der SPD)

– Ihre Zwischenrufe werden nichts bewirken.

Wir werden den Weg weitergehen und am Ende erfolgreich sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – In unserer vorweihnachtlichen Großzügigkeit kommen wir mit den 56 Sekunden, um die Sie überzogen haben, auch gut hin.

Das Wort hat jetzt Innenminister Herr Dr. Wolf. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, die Opposition verweigert die Auseinandersetzung mit dem Haushalt. Wir haben kein Wort über Zahlen oder Fakten gehört, sondern nur einen innenpolitischen Voodoo-Zauber,

(Zurufe von der SPD)

bestehend aus Vermengen und Vermischen von Gerüchten, Verdächtigungen und Provokationen. Lassen Sie mich für Herrn Rudolph nur zwei Beispiele nennen:

Erstens: Seit dem 1. Dezember hatten wir drei gewerkschaftliche und 74 andere Demonstrationen. So viel zur Relation.

Zweitens: Herr Rudolph, der Wegfall der Polizei in den Bezirksregierungen bewirkt nicht, dass eine neue Organisationseinheit geschaffen wird. Wir werden dort andocken, wo es schon Institutionen gibt und schon tausend Menschen arbeiten. Verbreiten Sie keine Unwahrheiten. Wir verschlanken den Apparat. Wir machen ihn nicht breiter und größer.

(Zuruf von der SPD: Mit neuen Behörden!)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2005 war gerade in Bezug auf die Reformbereitschaft der Innenpolitik eine Zeitenwende für das Land.

(Zuruf von der SPD: Wir haben jetzt 2006!)

Wir huldigen nicht mehr dem Motto von Rot-Grün: Packen wir es an – lassen wir es liegen. – Wir gehen in der Tat mit großen Schritten voran.

(Zurufe von der SPD)

Die Veränderungsbereitschaft in Nordrhein-Westfalen ist dank Ihrer Vorarbeit nicht überall überdurchschnittlich ausgeprägt.

(Zuruf von der SPD: Das liegt an uns?)

Das wollen wir einmal festhalten. Das alte Motto „alles wird gut, wir ändern nichts“ kann nicht funktionieren, wenn wir vor revolutionären Herausforderungen im Umfeld unserer Bundesrepublik stehen. Da bewegt sich alles. Innerhalb der Bundesrepublik reformiert sich eine Reihe von Bundesländern. Nordrhein-Westfalen kann als größtes Bundesland einfach hintanstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir bewegen uns zum Nutzen von Nordrhein-Westfalen nach vorne.

Da Sie sich weniger mit dem Haushalt beschäftigt haben, möchte ich wenigstens einigen Punkten des Haushalts meine Aufmerksamkeit widmen. Frau Düker, wenn Sie mir und nicht dem Handy Ihr Ohr schenken würden, würde ich Ihnen gerne sagen: Wir haben die Rückführungspraxis in diesem Land natürlich nicht geändert, sondern arbeiten nach Recht und Gesetz. Im Unterschied zu der Zeit, als Sie die Verantwortung trugen, haben wir eine Bleiberechtsregelung durchbekommen,

(Monika Düker [GRÜNE]: Nicht wegen Ihnen, sondern trotz Ihnen!)

weil sich Nordrhein-Westfalen mit Schwarz-Gelb – nicht die Grünen; denn sie sind in keiner Regierung vertreten – sehr stark dafür eingesetzt hat. Uns ist es gelungen – sicherlich auch durch den Kontakt über die Grenzen hinweg –, auch diejenigen zu bewegen, die innerhalb der anderen Parteien nicht so weit gehen wollten. Deswegen können Sie sich drehen und wenden wie Sie möchten, der Erfolg für die Bleiberechtsregelung ist eindeutig auf unser Agieren zurückzuführen.

Ich bin sehr dankbar, dass beide Koalitionsfraktionen auf ihren Kanälen mitgewirkt haben. Hierbei möchte ich ausdrücklich die innenpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen benennen, die an einem Umdenken mitgewirkt haben: Wir wollen da, wo es möglich ist, konsequent rückführen, aber auch dort, wo es notwendig ist, die Möglichkeit für Humanität schaffen.

Dass Sie, Frau Abgeordnete Düker, die Diskussion von gestern noch einmal aufarbeiten wollen, kann ich aus Ihrer Sicht nachvollziehen. Aber tun Sie bitte den Menschen nicht den Tottopf an, sie zu verunsichern. Es geht überhaupt nicht darum, dass irgendwo Eingriffe gegen den ganz normalen Bürger vorgenommen werden. Mit dem Verfassungsschutzgesetz wenden wir uns vielmehr gegen die Leute, die die Axt an die Wurzeln unserer Demokratie legen, die Terrortaten verüben wollen.

(Beifall von der CDU)

Jeder wird einsehen, dass wir die Möglichkeiten nutzen müssen, die ein Verfassungsschutz hat, und zwar auf rechtlich sauberer Grundlage mit den Möglichkeiten, die wir geben, damit Information und Dokumentation vorhanden sind.

(Beifall von FDP und CDU)

Im Haushalt selbst finden Sie eine Reihe von Veränderungen, die bisher noch nicht zur Sprache gekommen sind. Sie resultieren in der Hauptsache daraus, dass wir die Verwaltungsstrukturreform vorangetrieben haben. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, welche Herkulesaufgabe das ist. Der Parlamentarische Staatssekretär mit seiner Steuerungsgruppe ist sicherlich an der Spitze zu nennen. Wir arbeiten mit allen Ressorts an der Verschlankung, damit es auch in Zukunft wieder Möglichkeiten gibt, sich in diesem Land finanziell zu bewegen. Ohne Verschlankung werden wir das nicht schaffen. Sonst leiden wir noch in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren unter den Hinterlassenschaften von Ihnen.

Verwaltungsstrukturreform will nicht Reform l'art pour l'art, sondern es geht um Ergebnisverantwortung. Es geht darum, die Aufgaben nach unten zu transformieren und insbesondere durch Zugleichaufgaben bei den Kommunen Ressourcen einzusparen. Wir werden deshalb im Haushaltsplan vorsehen, dass per saldo 3.500 Bedienstete in die Bezirksregierungen wechseln. Sie werden aus den Sonderbehörden in die Bezirksregierungen überführt, um dort in einem weiteren Schritt, je nachdem, ob die Aufgabe bleibt oder nicht, dauerhaft integriert zu werden. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie getan haben. Wir verbinden Aufgabenkritik mit Verwaltungsstrukturreform, damit es losgeht und nicht wie früher bei Ihnen liegenbleibt.

Ich möchte zur Polizei noch einige Punkte erwähnen, obwohl schon sehr viel vorgetragen worden ist. Es macht einen Unterschied, ob man versucht, im Apparat die Ressourcen zu heben, oder ob man nur kapituliert. Sie haben von 1994 – nach der Änderung der Reform der Gemeindeordnung – bis

2005 Zeit gehabt, im Bereich der Polizei Strukturänderungen vorzunehmen. Es ist Ihnen nichts, aber auch gar nichts gelungen. Sie haben nicht eine Einheit abgeschafft. Wir dagegen haben innerhalb von 18 Monaten drei Präsidien abgeschafft, und

(Beifall von der CDU)

wir werden die fünf Bezirksregierungen von Polizeiarbeit befreien. Das ist ein echter Quantensprung.

Herr Kollege Engel, wir werden Ihnen sehr gerne, wenn sich das quantifizieren lässt, die Zahlen nennen und dabei nicht vergessen, was sich in der Binnenreform getan hat. Wir haben alleine 30 Inspektionen weniger. Das sind Verwaltungskörper, die der Bürger überhaupt nicht spürt. Dort ist Overhead, dort sind Querschnittsaufgaben abgebaut worden, und dort erwirtschaften wir Personal für den operativen Bereich, wie wir es Ihnen durch unser Dreisäulenkonzept, bestehend aus Veränderung der äußeren Struktur, Binnenmodernisierung und Bürokratieabbau, zugesagt haben. Das ist der Dreiklang, den wir ganz systematisch abarbeiten.

Ich bin sehr dankbar, dass, anders als Sie es darstellen, viele Kolleginnen und Kollegen diesen Weg mitgehen. Dass es auch Verweigerungen gibt, ist klar. Das wissen wir. Aber es ist nicht so, dass wir dafür überhaupt kein Verständnis dafür finden. Denn auch die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei sowie die Landesbediensteten haben Kinder und Kindeskindern und tragen Verantwortung dafür, was in 30 Jahren passiert. Deswegen müssen wir an die Dinge ran: mit Augenmaß, aber auch mit Nachdruck. In diesem Sinne haben wir wohl einen verträglichen Weg gewählt.

Jetzt ist nicht die Stunde der Beratung des LPVG. Herr Rudolph, nur so viel: Wenn jemand angesichts dieser Vorschläge – Bundespersonalvertretungsgesetz und Freistellungsregelung Baden-Württemberg – von einem Kahlschlag bei der Mitbestimmung spricht, hat er sie nicht verstanden.

Wir werden das entsprechend kommunizieren. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren einleiten, und dann hat jeder im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Möglichkeit, seine Bedenken und Anregungen zu äußern. Ich bitte aber, ein bisschen auf dem Teppich zu bleiben.

Für mich ist wichtig, dass wir den Weg auch an dieser Stelle gemeinsam gehen. Deswegen werden wir auch um die Berufsvertretungen. Wir haben in all den Gesetzgebungsverfahren außerhalb des regulären Verfahrens im Vorfeld Gespräche geführt, um Informationen zu geben. Ich halte es

auch nicht für angemessen, wenn uns hinterher vorgeworfen wird, wir hätten nicht miteinander gesprochen. Im Gegenteil, wir sprechen mit allen. Nur: Es ist klar, dass die Ergebnisse nicht jedem gleich gut gefallen.

Ich möchte zum Feuerschutz noch einen Takt sagen, weil Frau Düker hier ihr Spezialgebiet entwickelt hat. Frau Düker, die europäische Rechtsprechung ist für die Kommunen unmittelbar bindend. Das heißt, die Rückführung auf die 48-Stunden-Regelung ist seit Langem für alle erkennbar. Die Frage, ob mehr ausgebildet und eingestellt werden soll, ist also auf kommunaler Ebene angesiedelt.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Die Frage, ob wir alternative Regelungen unterstützen, haben wir vor Kurzem geklärt.

(Zuruf von der SPD: Seit anderthalb Jahren!
– Monika Düker [GRÜNE]: Fünf vor zwölf!)

– Frau Düker, ich darf Ihnen sagen, dass die europäische Regelung schon zu der Zeit in Kraft war, als Sie hier noch in der Regierungsverantwortung waren. Damals ist nichts geregelt worden. Deswegen regeln wir die Dinge für Sie; von mir aus können Sie sich weiter aufregen.

Wir haben Ihnen jedenfalls unter dem Konsolidierungsdruck einen Etat vorgelegt, der sich sehen lassen kann. Wir zeigen, dass Innenpolitik ein Schwerpunkt der neuen Regierung ist. Ich bin sicher: Wir werden die Rendite einfahren, die hier mehrfach beschrieben worden ist. Nur wer nichts tut, kommt nicht voran. Wir haben aus meiner Sicht einen guten Weg beschritten. Wir bewegen uns nach vorne zum Nutzen des Landes Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um bei dem in dieser Jahreszeit üblichen Sprachgebrauch zu bleiben: Bezogen auf die Verwaltungsstrukturreform hat diese Landesregierung im wahrsten Sinne des Wortes eine schöne Bescherung angerichtet.

(Beifall von der SPD)

Herr Wolf, ich kann verstehen, dass es Ihnen unangenehm ist, wenn bei dem Thema eine politische Generaldebatte gesucht wird. Lassen Sie sich von uns sagen: Nur weil Sie sich an der Auf-

gabe verhaben haben, muss das, was dort abgeliefert wird, noch lange keine Herkulesarbeit sein.

(Beifall von der SPD)

Etwas zu verbessern ist ungleich schwerer, als etwas zu verändern. Sie haben in der Verwaltung viel geändert, aber leider haben Sie bis jetzt nichts verbessert. Im Gegenteil: Das, was Sie betreiben, ist experimentelle Politik nach der Augen-zu-und-durch-Methode“ mit einem hohen Risikocharakter für die Bürgerinnen und Bürger.

Sie haben es vollbracht, im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform ein Ziel zu proklamieren, nämlich die Schaffung von drei Regionalpräsidien, das – nachlesbar – von allen zu der Anhörung geladenen Sachverständigen abgelehnt wurde. Sie haben es geschafft, die Auflösung der Umweltverwaltung zu einem identitätsstiftenden Punkt zu machen. Das lehnen sowohl die Umweltverbände als auch die Industrie ab. Sie haben vor, die Widerspruchsverfahren zulasten des Haushalts und zulasten der Bürgerinnen und Bürger, denen Sie einen preiswerten Rechtsbehelf nehmen wollen, infrage zu stellen. Gleichzeitig ist es absehbar, dass Sie den Justizhaushalt mit einer solchen Maßnahme belasten. Niedersachsen lässt grüßen.

Herr Innenminister, für das Mobbing in der Staatskanzlei ist wohl der Herr Ministerpräsident persönlich zuständig. In den untergeordneten Behörden, so hat man den Eindruck, machen Sie das mit dem Personaleinsatzmanagement und dem Kollegen Palmen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben darüber hinaus kein Verständnis für die Art und Weise – es wäre im Übrigen nett, wenn man zu den Eckpunkten einen Text bekäme –, wie mit dem LPVG, genauer: mit den Beschäftigten, umgegangen wird. Das ist Personalpolitik nach Gutsherrenart, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ein bekannter amerikanischer Spielfilm trägt den deutschen Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Herr Palmen wird trotz eines gewissen schauspielerischen Talentes, das ich ihm nicht absprechen möchte, wohl nicht in James Deans Fußstapfen treten können. Aber eines ist sicher: Herr Palmen weiß in dem Bereich wirklich nicht, was er tut.

Da eben von Zahlen und Fakten die Rede war, fordere ich Sie auf: Führen Sie den Nachweis dafür, dass die Änderungen, die Sie in der Verwaltung vorhaben, den Menschen in unserem Lande

tatsächlich etwas bringen. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, solange Sie keine konkreten Hintergründe und keine Anhaltspunkte, sondern nur abstruse Ziele vorstellen, ist das ein Experiment auf Kosten der Menschen in unserem Lande. Daran nehmen wir nicht teil. – Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Abgeordnete Becker das Wort.

Horst Becker³⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Innenminister Wolf gesagt hat – wörtliches Zitat –: Wir verbinden Aufgabenkritik mit Verwaltungsstrukturreform. – Jeder, der sich Ihr bisheriges Verfahren angeschaut hat, weiß, dass Sie von Aufgabenkritik, also von einem systematischen Vorgehen bei der Verwaltungsstrukturreform, Lichtjahre entfernt sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie deklinieren hier wieder einmal die gelbe – in Teilen schwarz-gelbe – Ideologie durch. Sie deklinieren nach dem Motto „Privat vor Staat“ durch und kommunalisieren. Sie schauen nicht hin: Was ist sinnvoll? Welche Aufgabe kann an welcher Stelle sowohl für die Beschäftigten als vor allem auch für die Kundinnen und Kunden, also für die Bürgerinnen und Bürger, effizienter und besser erledigt werden? Vielmehr geht es Ihnen darum, ohne Sinn und Verstand mit der Axt durch den Wald zu marschieren. Von Aufgabenkritik – ich sagte es – keine Spur!

Sie handeln ohne jeden erkennbaren Nutzen für das Land, für die Beschäftigten und auch für die Klientel, um die es jeweils geht. Ich will Ihnen das an wenigen Beispielen noch einmal deutlich machen.

Die Versorgungsämter, die Sie verlagern wollen, gehören zu den Behörden, die sich in der Vergangenheit völlig neu aufgestellt haben, die sich einer Aufgabenkritik unterzogen haben und die heute von allen unabhängigen Stellen – bis hin zum Landesrechnungshof – attestiert bekommen, dass sie so, wie sie jetzt aufgestellt sind, eine extrem gute Arbeit leisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können bis heute nicht sagen, welche Arbeitsbereiche der Versorgungsverwaltung Sie auf die Kommunen, auf die Landschaftsverbände o-

der wohin auch immer sie nach Ihrer Phantasie gehören übertragen wollen.

Ähnliches gilt für die Kommunalisierung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben im Arbeitsschutz. Ich sage Ihnen ähnlich, wie es der Kollege Körfges ausgedrückt hat: Selten sind sich die chemische Industrie und die Umweltverbände über einen Vorschlag des Gesetzgebers einig. Ich persönlich kannte keinen. In diesem Zusammenhang hätte ich mir nur noch gewünscht, dass sie das, was sie jetzt gesagt haben, auch vor der Wahl im Jahr 2005 gesagt hätten, nämlich dass sie sich keine bessere, keine effizientere, keine korrektere, keine in der Sachkompetenz bessere und keine, man höre und staune, zu einem besseren und schnelleren Genehmigungsverfahren führende Aufgabenerfüllung vorstellen können als die jetzige – und nicht etwa das, was Sie wollen.

Dort hat man Angst, dass man in Zukunft international nicht mehr wettbewerbsfähig ist, weil man in diesem Bundesland zu völlig zu unterschiedlichen Genehmigungsarten kommt.

Und das ist Ihre Ideologie, die das zu verantworten hat. Und das ist nicht etwa der Bereich Umwelt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, zur Arbeitsschutzverwaltung: Hier ist es so, dass die kommunalen Spitzenverbände selber jegliche Übernahme dieser Aufgabe ablehnen. Sie haben Ihnen in der Anhörung ins Stammbuch geschrieben, dass sie sich dafür nicht kompetent fühlen und dass sie erst noch neue Kompetenzen aufbauen müssen. – Also das Gegenteil von Verwaltungsvereinfachung: keine bessere Aufgabenerfüllung, keine effizientere Aufgabenerfüllung.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Und diejenigen, denen Sie das übertragen wollen, wollen diese Aufgabe überhaupt nicht übernehmen.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Es ist ohne Sinn und Verstand. Alles, was wir bis jetzt sehen, ist weit von einer Aufgabenkritik und einer vernünftigen Aufgabenerledigung in der Zukunft entfernt. Und – auch das ist wichtig – Sie handeln erneut kommunalfeindlich, weil Sie schon jetzt eine sogenannte Effizienzrendite vorsehen, das heißt, den Kommunen nicht das Geld geben wollen, das Sie einsparen, wenn Sie Aufgaben verlagern.

Meine Damen und Herren, an dieser Baustelle werden wir uns mit Ihnen, und zwar auf der Seite

der kommunalen Spitzenverbände, wiedertreffen. Wir werden Sie mit dieser Art von Aufgaben- und Kostenverlagerung nicht durchkommen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“ des Einzelplans 03.

Wir kommen zum **Teilbereich „Sport“**.

Für die SPD-Fraktion hat sich Abgeordneter Peschkes zu Wort gemeldet.

Hans-Theodor Peschkes^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Sporthaushalt für das Jahr 2007 ansieht, kann man nur kurz und knapp feststellen: Für die Regierungsfaktionen und die Regierung selbst findet der Sport nur noch in Sonntagsreden statt. In der Realität kommt er nicht mehr vor. Die Haushaltsansätze werden zurückgefahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Neue Ideen gibt es nicht.

(Axel Wirtz [CDU]: Falschen Haushalt gelesen!)

Neue Impulse sind Fehlannonce, Herr Vorsitzender des Sportausschusses. Herr Wirtz, herzlichen Glückwunsch zum Sieg gestern! Diese Koalition beschränkt sich mangels eigener Initiativen ganz einfach auf das Ablehnen der Anträge der Opposition.

Die Großereignisse, die zugegebenermaßen gut abgewickelt wurden, nämlich die Fußball-WM, die Hockey-WM und die Weltreiterspiele, hatten ihren Vorlauf und ihre Planungen noch in der Zuständigkeit der Vorgängerregierung.

So kann ich gut das Kabinettsmitglied verstehen, das im „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 20. Dezember über den Sportminister ätzte: Die Fußball-WM hätte auch ohne ihn stattgefunden. – So Recht das Kabinettsmitglied hat, Herr Minister Wolf: Ich wüsste zu gerne von Ihnen, wer dieser charmante Kollege war.

Für 2007 waren für diese Großereignisse überhaupt keine Mittel mehr in den Haushalt einzustellen. Statt wenigstens einen Teil dieser wegfallenden Mittel erneut für die Infrastruktur des Sports zu reklamieren, werden diese Mittel im vorausliegenden Gehorsam an den Finanzminister zurückgegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, von der Koalition – Entschuldigung, das sind die 39 Jahre, Herr Kollege –, Sie haben die Chance, neue sportpolitischen Impulse zu setzen, schlichtweg verpasst. Vor allem haben Sie damit auch für künftige Haushalte Spielräume leichtfertig vergeben. So werden Sie Nordrhein-Westfalen nicht als Sportland Nummer eins an der Spitze halten.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gespannt waren wir alle in der nordrhein-westfälischen Sportszene auf das Superprojekt der Landesregierung, das schon im Koalitionsantrag mit großem Tamtam angekündigt wurde, nämlich die Schaffung von fünf neuen Sportschulen. Mehr als ein Jahr lang haben wir auf dieses Projekt gewartet, haben gedacht: Jetzt kommt der große Wurf.

Und was dann vorgestellt wurde, war eine Lachnummer: unverbindliche Allgemeinplätze in den Rahmenvorgaben, kein schlüssiges Konzept. Es gibt nicht den Hauch einer Struktur, wo und wann diese Schulen angesiedelt werden sollen. Vor allem, meine Damen und Herren, stehen dafür keine Mittel im Haushalt. Das kann ja was werden.

Die Insider der Sportszene schütteln nur mit dem Kopf. So haben die fünf Leiter der schon bestehenden Eliteschulen des Sports in einer Stellungnahme schonungslos die Konzeption der neuen Sportschulen analysiert und kommen zu dem Ergebnis, dass es sich für sie nicht lohnt, sich zu bewerben.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Eine schallendere Ohrfeige für die Schulministerin und für den Sportminister kann es einfach nicht geben.

Das ist ja nicht der einzige Widerspruch im Reden und Handeln dieser Regierung. Wie auch im Vorjahr muss das Ehrenamt mit geringsten Mitteln auskommen. In Sonntagsreden dieses Amt loben, im Alltag es nicht zur Kenntnis nehmen: Das ist das Markenzeichen dieser Regierung. Auch hier ist sie wieder, die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Rund 2 Milliarden € Steuermehreinnahmen als im Vorjahr hat der Haushalt 07. Das sind 2.000 Millionen €. Sie haben nicht eine einzige Million davon für das Ehrenamt eingesetzt, um den Betrag nur halbwegs auf den Stand zu bringen.

gen, auf dem er unter der Vorgängerregierung war. Ich denke, das beschämt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das große sportpolitische Thema dieses Jahres, nämlich die Dopingproblematik, hat ohne die Koalition stattgefunden. Zwar hat sich der von mir hoch geschätzte Kollege Holger Müller für ein Antidoping-Gesetz ausgesprochen; aber das war es auch schon. Das war die einzige Äußerung.

In Bezug auf unseren Antrag, über den Bundesrat eine entsprechende Initiative zu starten, gab es zwar Signale, sich dem Antrag anschließen zu können; aber auf konkrete Schritte habe ich bis gestern Abend nach Plenarschluss gewartet. Dann kam allerdings ganz spät abends noch eine E-Mail mit einem Antragsentwurf, von dem niemand weiß, ob er ein Antrag der Koalition oder ein Privatantrag des Kollegen Müller ist. Ich weiß es bis heute noch nicht, Herr Kollege.

Wir wissen aber wohl, dass dieser Antragsentwurf Flickschusterei ist, keine Hilfe bietet und schwere handwerkliche Mängel aufweist. Kurzum: Auf dieser Basis ist leider keine einheitliche Willensbildung in diesem Hause zu erreichen. Das ist schade, auch vor dem Hintergrund, dass ich zu gern gewusst hätte, wie sich der Innenminister zur Dopingproblematik äußert. Von ihm selber hat man nämlich noch gar nichts gehört.

Ich habe den Eindruck: Die Koalition will sich in der Frage des Dopings über die Zeit retten, weil in Berlin die Verhandlungen in die letzte Runde gehen. Dann kann man sich vor einer eigenen Meinung drücken, im Sportausschuss den Antrag der SPD zurückweisen und einfach sagen: Mensch, das hat sich alles schon erledigt. Sie kommen viel zu spät. – Ich nehme jede Wette an, dass es so kommen wird. Das ist nämlich der Stil der letzten anderthalb Jahre.

Insgesamt stelle ich für die SPD fest: Die Koalitionsfraktionen haben sich in Sachen Sport ein ruhiges Jahr gemacht. Haushaltmäßig fristet der Sport ein Schattendasein. Besserung ist nicht in Sicht. Ihnen danke ich fürs Zuhören und wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Kollege Müller das Wort.

Holger Müller^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon

erstaunlich, wie unterschiedlich man denselben Sachverhalt werten kann.

Ich spreche heute nur über den Sporthaushalt und nicht über allgemeine Themen, die zugegebenermaßen interessant sind, die wir aber im Sportausschuss noch besprechen werden.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Alles, was weh tut, klammern wir aus!)

– Ich weiß nicht, ob Sie schon mit Ihrem Generaldirektor gesprochen haben, was Sie zum Antidoping sagen dürfen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Mein Generaldirektor sitzt hier vorne in der ersten Reihe!)

Jedenfalls bereitet es mir keine Sorge, als Mitglied der Regierungskoalition hier über den Sporthaushalt zu sprechen.

(Zuruf von der SPD: Erzählen Sie noch ein bisschen!)

Deshalb, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in Klarheit und Kürze einige Punkte:

Erstens. Übungsleiterpauschale. Ich hatte letztes Jahr versprochen, dass die Übungsleiterpauschale im Jahr 2007 unverändert bleibt. – Gehalten!

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Nachdem in den letzten Jahren Rot-Grün die Übungsleiterpauschale von 11,7 Millionen € auf 7,5 Millionen € gesenkt hatte, mussten auch wir – leider – wegen der übernommenen Finanzsituation unseren Beitrag leisten. Dieses Jahr gelingt es uns aber, nach Jahren des Abbaus endlich wieder Stabilität und damit Planungssicherheit bis 2010 für die Betroffenen herzustellen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist ja super!)

Zweitens. Änderungen der Förderungsrichtlinien bei der Übungsleiterpauschale. – Versprochen! Letztes Jahr hatten wir angekündigt, dass trotz der Kürzung der Übungsleiterpauschale die Förderungsrichtlinien so gestaltet werden, dass Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung überhaupt nicht betroffen sind. – Auch das schlicht und ergreifend gehalten! Und auch hier Planungssicherheit bis 2010 für alle Betroffenen.

Drittens. Sportpauschale. – Versprochen! Wir hatten angekündigt, dass wir weiterhin 50 Millionen € für die Sportpauschale zur Verfügung stellen werden. Es sind üble Gerüchte in die Welt gesetzt worden – von wem auch immer –, die Sportpauschale werde dramatisch gekürzt. – Auch hier wieder gehalten! Es stehen schon wieder 50 Milli-

onen € zur Verfügung. Und auch hier Planungssicherheit für die Betroffenen!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das haben Sie den Kommunen auch schon gesagt!)

Viertens. Fünf neue Sportschulen. – Versprochen! Letztes Jahr hatten wir angekündigt, dass 2006 das Konzept erstellt und dann Zug um Zug umgesetzt wird.

(Frank Sichau [SPD]: Welches Konzept?)

– Ich weiß nicht, ob der Kollege es Ihnen gegeben hat. – Gehalten! Konzept liegt vor. Die Ausschreibung ist erfolgt, und es liegen jetzt schon deutlich mehr Bewerbungen vor, als wir realisieren. Nächstes Jahr fangen wir damit an.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch eine kurze Bilanz kann gut sein, vor allen Dingen dann, wenn wenig Dinge versteckt werden. Wohlgemerkt, es handelt sich nur um eine Zwischenbilanz nach 1,5 Jahren. Ich habe hier nur kurz die wesentlichen, zentralen und aktuellen Dinge des Haushalts angesprochen.

(Carina Gödecke [SPD]: Wie erklären Sie sich dann die Tatsache, dass Sie kürzen?)

Sie können sicher sein: Wir haben noch viel vor. Aber ich will heute nicht alles verraten, denn es muss spannend bleiben.

Natürlich werden wir uns wichtiger Themen wie flächendeckende Früherfassung von Talenten und Auswirkungen der demografischen Entwicklung annehmen.

Ich bin mir – übrigens auch bei der Kurzbilanz – sicher, dass im Wesentlichen alle, wenn auch manche im Geheimen, mit dieser Bilanz zufrieden sind. Aber wie ich die Diskussionen kenne, wird es sicherlich demnächst wieder erbitterten verbalen Widerstand geben. Das hält uns natürlich nicht vom Weg des Erfolgs ab.

Herr Präsident, ich überlasse das Rednerpult jetzt gerne auch denjenigen, die sich weiterhin an Randfragen, Kleinigkeiten und Themen außerhalb der Haushaltsberatungen abarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Müller. – Es bleibt der CDU-Fraktion damit noch eine Minute Redezeit für diesen Teilbereich übrig.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe)

Ewald Groth¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon schaurig, wenn im Saal jeder sagen darf, was er gerade so denkt. Ich finde, es sollte auch ein Stück Qualität in der Diskussion geben; die habe ich gerade vermissen müssen.

(Christof Rasche [FDP]: Dann komme ich ja noch dran!)

Die Sportpolitik der Landesregierung war in diesem Jahr stark von den Großveranstaltungen geprägt. Einverstanden. Fifa-Weltmeisterschaft, Weltreiterspiele, Hockey-WM und Fußball-WM der Menschen mit Behinderungen. Das war Klasse. Das hatte noch der ehemalige Sportminister Michael Vesper eingestielt.

Eigeninitiative des jetzigen Sportministers Ingo Wolf. – Fehlanzeige, Null!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie konnten alle im „Kölner Stadt-Anzeiger“ lesen; es tutete sozusagen aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die Bilanz ist auch von Glück geprägt.

Ja, kann ich sagen, meine Damen und Herren. Die Bilanz dieser Regierung, insbesondere im Sport, ist auch von Glück geprägt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie ist geprägt vom Glück, einen guten Vorgänger gehabt zu haben. Aber das wird nicht mehr lange anhalten, meine Damen und Herren. Unser Land hätte noch viel mehr Glück verdient – nicht mit diesem Sportminister, so scheint mir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun zu den Schatten im Sporthaushalt. Die soziale und integrative Arbeit unserer Sportvereine ist auf die öffentliche Förderung angewiesen. Die weg brechenden Mittel aus Lotto und Sportwetten machen dem Landessportbund und der Sportstiftung zu schaffen. Dazu gibt es von den Koalitionsfraktionen oder von der Landesregierung kein Konzept.

Der jetzt unterschriebene Staatsvertrag wird, falls er überhaupt ratifiziert wird und klaglos in Kraft tritt, das Grundproblem der Sportfinanzierung auch nicht lösen. Ich unterstütze deshalb den Präsidenten unseres Landessportbundes ausdrücklich, wenn er fordert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Sollte das Monopol langfristig nicht zu halten sein, müsste über mögliche Alternativen nachgedacht werden, wie hier die Finanzierung gesichert werden kann.

Machen Sie sich also Gedanken. Bislang kein Konzept zu erkennen! Sie lassen den Sport im Stich. Sie haben den Sport getäuscht. In diesem Sinne eine Koalition der Enttäuschung, auch im Sport.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es lässt mich nicht kalt, wenn die „Rheinische Post“ gestern die Sportstiftung in Not sieht. Als Kuratoriumsmitglied der Stiftung stehe ich an der Seite des Vorstandsvorsitzenden und fordere die Landesregierung auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Der Umgang mit unseren Stiftungen – nicht nur der Sportstiftung – seit Beginn Ihrer Regierungszeit ist unwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der dort sehr gut geleisteten Arbeit zum Wohle des ganzen Landes wird von Ihnen keine Rechnung getragen. Das ist sehr beschämend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Oder wollen Sie vielleicht wie Herr Lindner in den Ruf einstimmen: Sind doch alles nur Grüne, und dann arbeiten da auch nur Anarchisten? Soll das etwa auch für die Sportstiftung gelten? Ich glaube, diese diffamierende Art hat keine Stiftung in diesem Land verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Übungsleiterpauschale weiter gekürzt. Das wird sich in 2007 noch stärker als in diesem Jahr vor Ort auswirken. Das wird sich auswirken als ein Schlag gegen die in Sonntagsreden hochgehaltene Förderung der Ehrenamtlichkeit. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir bis 2007 effektiver und mit mehr Mitteln ein Instrument entwickeln. Wir wären gern zur Mitarbeit bereit, um das dann auch in den Stiel zu stoßen.

Was ist denn eigentlich mit dem nebulösen Programm „Verein 2015“? Gibt es ein Konzept? – Das ist bislang nicht bekannt. Oder wird es etwa ein „Programm 2025“? Oder wird es vielleicht dann am Ende ein „Programm 20 Sankt-Nimmerleins-Tag“? Ich sehe zumindest von Ihnen hier noch keinen Beitrag in der Sportpolitik.

Geprüft werden müsste auch, wie sich die Kürzungen in der Umorganisation im Schulsport auswirken. Leider ist die Schulministerin nicht mehr da. Aber ich muss auch sagen: Hier sehe ich

Konzeptionslosigkeit auf jeder Ebene und in jedem Teilbereich.

Erstens. Die sogenannten Grundsätze werden durch die Ministerin in Sportschlössern verkündet. In Velen hat sie eine nette Rede gehalten. Die Ankündigungen werden nicht umgesetzt und nicht eingelöst. Solche Reden, Frau Sportministerin – das kann sie dann im Protokoll nachlesen –, bleiben Spukschlösser im Nebel.

Zweitens. Unsere Eliteschulen des Sports wehren sich zu Recht gegen die Verkündung sogenannter NRW-Sportschulen. Auch da gibt es kein vernünftiges Konzept, das man wirklich annehmen könnte, sondern es wehrt sich alles dagegen, weil es nicht in unser Verbundsystem Schule und Leistungssport hineinpasst.

Drittens. Mal wird mit einer Fußballaktion geworben, mal ist es eine andere PR-Aktion. Was dabei herauskommt, Frau Ministerin Sommer, sind ein paar Leibchen für die Schülerinnen und Schüler und ein paar Fußbälle, die eigentlich für Erwachsene geeignet sind, aber nicht für kleine Kinderfüße. Aber ansonsten gibt es auch in der Frage „Fußball an den Schulen Nordrhein-Westfalens“ kein Konzept.

Das wird uns auf Dauer nicht weiterbringen. Ich meine, dass die Schulsportentwicklung analog verlaufen muss zur Schulentwicklung insgesamt. Seit dem vergangenen Jahr, als Sie hier die Regierung übernommen haben, seitdem Sie die Koalitionsfraktionen sind, habe ich den Eindruck, dass der Schulsport nicht mehr zum Kernbereich des Schulalltags gehört. Das ist aber etwas gewesen, was wir unter allen Fraktionen im Jahre 2003 noch gemeinsam beschlossen haben. Ich fordere Sie also auf: Kommen Sie zurück dazu, dass der Schulsport Kernbereich im Schulalltag ist! Machen Sie das auch deutlich in Haushaltsansätzen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zum Ende meiner Rede. – Der Sport in NRW lebt zurzeit immer noch von den Erfolgen der Vergangenheit mit einem Sportminister Michael Vesper. Ich begreife diese Erfolge aber auch als Erfolge der gemeinsamen Sportfraktion.

Allerdings muss ich sagen, wenn man sich Ihre Landtagswahlprogramme zum Thema Sport angesehen hat – da können Sie ja noch einmal nachgucken –, ließ sich feststellen: Die CDU hatte nichts, die FDP hatte nichts. Bei uns können Sie nachlesen, wie man Sport für dieses Land entwickeln könnte. Tun Sie das! Wir sind nicht böse, wenn Sie da einmal abschreiben. Das würde un-

serem Land zumindest nach vorne verhelfen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Groth. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Förderung des Sports ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen betrifft. Der FDP ist die Förderung des Sports – sei es finanziell oder durch Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen – besonders wichtig.

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind begrenzt. Landesregierung und Fraktionen haben bereits im Frühjahr beschlossen, alle zusätzlichen Steuereinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden. Die Landesregierung hält an ihrem Kurs fest, um die Nettoneuverschuldung weiter zurückzuführen. Trotz der Mehreinnahmen ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen: NRW hat 113 Milliarden € Schulden. Das Land zahlt dafür täglich 13 Millionen € an Zinsen. Unser Kurs ist alternativlos, da wir nur so Handlungsspielraum für nachfolgende Generationen zurückerlangen können.

Herr Groth hat gerade von der Vergangenheit gesprochen: Es ist nun wirklich eine schlechte Vergangenheit, die die alte Koalition diesem Land Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat.

Meine Damen und Herren, der Landessportplan, also die in den verschiedenen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel zur Förderung des Sports, umfasst für das kommende Jahr Ausgaben in einer Höhe von 141 Millionen €. Das sind knapp 10 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr. Die Zahlen sind nicht unmittelbar vergleichbar, da zum kommenden Haushalt einige Einmalereignisse zu Buche schlagen oder auch wegfallen.

Dazu gehört die erstmalige Veranschlagung der Konzessionseinnahmen aus dem Spiel 77 im Landeshaushalt, womit ein Petitum des Landesrechnungshofs umgesetzt wird. Herr Groth, wenn Sie ehrlich sind – Sie haben eben mehrfach den früheren Sportminister Herrn Vesper zitiert –: Der hat in einer Kabinetttvorlage vorgeschlagen, genauso zu verfahren. Sie haben das nur aus wahlkampfaktischen Gründen im Kabinett abgelehnt.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: So ist es!)

Das ist der wahre Grund gewesen, warum das noch nicht eingeführt worden ist. Die Argumentation des Landesrechnungshofs ist die gleiche geblieben. Die Bedenken der Destinatäre bezüglich der Anerkennung von Eigenkapital und bezüglich der Bürokratie sind ausgeräumt. Also auch hier ist die Landesregierung völlig auf dem richtigen Weg.

Dazu gehört auch der naturgemäße Wegfall von Fördermitteln für die verschiedenen erfolgreichen Weltmeisterschaften in diesem Jahr. Diese Fördermittel sind auch weggefallen. Genauso gehören dazu auch Zuweisungen zur Ausfinanzierung von bewilligten Sportstätten, die nach der Umstellung auf die pauschale Förderung nicht mehr erforderlich sind.

Hervorzuheben – das war immer die Diskussion in den vergangenen Jahren, wenn es um Sportpolitik im Land ging – sind zwei Haushaltspositionen, die in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der Diskussion waren.

Punkt 1: Die sogenannte Übungsleiterpauschale wird wie in 2006

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

auch im Jahre 2007 in Höhe von gut 6 Millionen € gewährt. Ein Haushaltsentwurf des von Ihnen vielgepriesenen Ministers Vesper hatte vorgeschlagen, diese Übungsleiterpauschale auf null zu fahren. Das war ein Kabinettsbeschluss von Ihnen. Der Landtag hat das zurückgeführt.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Aber Sie wollten sie auf null zurückfahren. Warum Sie dort null veranschlagen wollten, können Sie ja gleich erklären, Frau Gödecke.

Punkt 2: Auch die Sportpauschale wird in unveränderter Höhe von 50 Millionen € an die Kommunen ausgezahlt, sodass für den Sportstättenbau insgesamt über 59 Millionen € zur Verfügung stehen.

Es ist erfreulich, dass die Zuschüsse für überregional bedeutsamen Sportstättenbau um knapp 1,7 Millionen € auf 7,3 Millionen € aufgestockt werden. Es geht also in einem wesentlichen Teil – Übungsleiterpauschale und Sportpauschale – um gleichbleibende Beträge. Für überregional bedeutsame Sportstätten werden sogar 1,7 Millionen € aufgestockt.

Abseits der nüchternen Zahlen – Zahlen sind wirklich nicht alles – noch zwei Aspekte, die zu erwähnen sind: Nordrhein-Westfalen hat ein unglaubliches Sportjahr erlebt. Die vier hochkaräti

gen Weltmeisterschaften haben viele Menschen weit über Nordrhein-Westfalen hinaus begeistert. Wir haben hier eine Vielfalt und Qualität von Sport in Nordrhein-Westfalen erlebt, die wir wahrscheinlich so schnell nicht wieder in dieser Vielfalt erleben werden. Nordrhein-Westfalen war ein herausragender Gastgeber. Dazu hat das Innenministerium mit der Polizei beigetragen, die genau die Balance gefunden haben zwischen Vorgaben und Vorschriften und Freiheiten, wie mit den Fans umzugehen ist.

Aber auch die ehrenamtlich Tätigen in Nordrhein-Westfalen haben unglaublich viel Arbeit geleistet und damit erheblich dazu beigetragen, dass diese vier Weltmeisterschaften in Nordrhein-Westfalen wirklich ein toller Erfolg waren. Zwei Weltmeisterschaften folgen: die Handball-WM mit vielen Spielen und dem Endspiel in Nordrhein-Westfalen und die Kanu-WM in Duisburg.

Als weiterer Aspekt wurden eben die Sportschulen angesprochen. Natürlich macht so ein völlig neues Konzept Arbeit. Es ist gut, dass der Innen- und Sportminister mit Ruhe an diese Arbeit herangeht. Warum gibt es denn trotz aller Kritik, die hier vorgetragen wird – sie ist ja politisch motiviert; das ist halt die Opposition –, reichlich Bewerbungen von namhaften Großstädten aus Nordrhein-Westfalen? Weil die alle das Konzept ablehnen oder weil sie sich gerne daran beteiligen, weil sie das Konzept gut finden und gerne etwas für Jugendsport und Leistungssport in Nordrhein-Westfalen tun wollen? Es ist doch glasklar: Das zweite Argument sticht. Deswegen liegen die Bewerbungen vor.

Wir gehen unseren Weg weiter. Regierung und Koalition sind die Partner des Sports in Nordrhein-Westfalen. Darauf kann sich die Sportwelt in NRW mit Sportlerinnen, Sportlern, Vereinen, Schulen und Kommunen verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Koalitionssprecher ja die rot-grünen Oppositionsblasen haben zerplatzen lassen, gibt es kaum noch etwas zu ergänzen. Es ist doch völlig klar, dass wir durch die Entscheidung, das Innenressort mit dem Sportressort zusammenzulegen, gerade auch für Großveranstaltungen eine hervorragende Grundlage gelegt haben.

Es ist auch völlig klar, dass der, der die Verantwortung trägt, hinterher auch derjenige ist, der dafür gelobt wird. Herzlichen Dank also dafür! Es hat gut funktioniert. Viele haben uns gelobt, und ich habe das Lob vielfach an die Kolleginnen und Kollegen vor Ort weitergegeben. Am Ende ist es so: Wenn Sie uns an einer gewissen Stelle für die Probleme haftbar machen, dann werden Sie auch gestatten, dass wir uns nach dem Gelingen auch sagen lassen, dass das gut gewesen ist. Das können Sie von mir aus anders sehen; wir sehen es so.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe in der Haushaltsdebatte wieder einmal nichts Nennenswertes gehört, sondern nur eine allgemeinpolitische Auseinandersetzung wahrgenommen. Deswegen will ich einfach sagen: Aus meiner Sicht haben wir den Sportetat im Wesentlichen gehalten. Kollege Müller hat sehr schön dargestellt, dass wir Versprechen gemacht haben, die wir einlösen, und dass wir uns daran gerade im Hinblick auf die Frage der Übungsleiterpauschale und natürlich der Sportpauschale messen lassen.

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass es uns wichtig ist, dass die Stiftungen arbeitsfähig bleiben. Über die Einschätzung von Einzelheiten bei Stiftungen, Herr Groth, die jetzt nicht in Rede stehen, brauchen wir jetzt nicht noch einmal zu diskutieren. Die Sportstiftung macht gute Arbeit. Wir wollen, dass sie sie auch weiterhin macht.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Die Tatsache, dass rechtliche Gründe uns zu einem anderen Mitteldurchfluss bringen, hat doch überhaupt nichts damit zu tun, dass wir die Arbeit der Sportstiftung nicht wertschätzen – im Gegenteil.

Beim Thema Sportschulen hat der Kollege Rasche sehr deutlich darauf hingewiesen, dass wir in einem wettbewerblichen Auswahlverfahren sind. Also kann auch noch keine Entscheidung getroffen sein. Die Nachfrage ist allerdings riesengroß.

Zum Thema „Verein 2015“. Herr Groth, Sie sind ja Fachmann auf dem Sportgebiet und wissen, dass wir das Konzept gemeinsam mit vielen Institutionen entwickeln und dass wir dabei sind, das Konzept zur Kabinettsreife zu bringen. Sie werden rechtzeitig davon Kenntnis erhalten.

Einen letzten Punkt noch, der am Rande angesprochen worden ist: Doping. Herr Körfges, Ihr Beitrag war insofern ja nicht so ganz gelungen. An dieser Stelle haben wir einen engen Schulter-

schluss zwischen der nordrhein-westfälischen Sportpolitik und den großen Sportverbänden festzustellen. Dass es SPD-Bundestagsabgeordnete gibt, die gerne die Besitzstrafbarkeit einführen wollen – wobei die gar nicht wissen, wie das rechtstechnisch überhaupt gehen soll –, hat nichts damit zu tun, dass wir uns gegen das Doping stellen. Wir kämpfen gegen das Doping; wir verabscheuen Doping. Wir wirken gemeinsam mit dem Sport darauf hin, das Doping zurückzuführen. Wir alle wissen, dass strafrechtliche Vorschriften immer nur eingeschränkt geeignet sind, etwas zu verhindern. Sie wissen: Mord ist strafbar, doch leider passieren Morde trotzdem. Wir müssen bei der Dopingbekämpfung versuchen, die Kontrollen zu erhöhen, und vor allen Dingen den Common Sense erreichen, dass nur derjenige ein würdiger Sieger, der nicht gepusht hat.

In diesem Sinne wünsche ich, dass wir diesen E-tat verabschieden und dass wir die Menschen auch im nächsten Jahr mit unseren beeindruckenden Großveranstaltungen erfreuen werden. Denn Sport ist immer noch die schönste Nebensache der Welt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Oder doch! Herr Müller, vielen Dank für Ihre Meldung. Da Sie sich ja noch eine Minute aufgespart hatten, können Sie die natürlich auch noch nutzen.

Holger Müller^{*)} (CDU): Weil ich Herrn Groth nicht kannte und mit allem rechnen musste, habe ich mir die Minute aufgespart.

Herr Groth, dass hier jeder alles sagen darf, das haben Sie am besten genutzt; das muss ich schon sagen.

(Beifall von der CDU)

Erster Punkt. Herr Peschkes, Herr Rasche und ich waren nicht dabei, als Rot-Grün über Jahre sukzessive die Übungsleiterpauschale gekürzt hat, um 4,2 Millionen €

(Beifall von CDU und FDP)

Aber Sie waren dabei. Sie müssen schon ein besonderer Verdrängungsweltrekordler sein!

(Beifall von CDU und FDP)

Zweiter Punkt, die neuen Schulen. Von den Helmholtz-Schulen habe ich selbstverständlich gelesen. Darüber kann man noch diskutieren. Aber Sie wissen genauso gut wie ich: In Deutsch-

land wird alles, was neu ist, erst einmal kritisiert und als etwas Fremdes empfunden. Wir müssen aber nach vorn, und wir müssen etwas Neues tun.

(Ewald Groth [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, ich habe nur eine Minute. Keine Zwischenfrage!

Dritter Punkt, der Schulsport. Da werfen Sie uns den Schulsport vor! Drei Sportstunden soll es pro Woche geben. Jetzt haben wir 2,1 Stunden pro Woche. Das haben wir aus rot-grüner Zeit übernommen; das können wir auch nicht alles in einem Jahr ändern. Wie Sie dazu kommen, uns das vorzuwerfen! Ich verstehe das nicht. Ihre Abwesenheit muss Ihre Wahrnehmung getrübt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Letzter Punkt. Natürlich wissen wir, dass die Mittel aus den Oddset-Wetten zurückgehen. Das haben selbst wir schon bemerkt, Herr Kollege Groth, ob Sie es glauben oder nicht!

(Zuruf von der SPD: Das will was heißen!)

Aber wir sind es doch nicht schuld! Der Oddset-Wetter ist es schuld! Wenn Sie den anklagen, können wir über alles reden. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Wir kommen damit zum Schluss der Beratung und zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 03**. Zunächst einmal stimmen wir entsprechend der Übersicht, die Sie vor sich auf dem Tisch liegen haben, über die Änderungsanträge Nummern 69 bis 73 ab.

Ich rufe damit die laufende Nummer 69 auf. Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3221**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe die laufende Nummer 70 auf: **Änderungsantrag Drucksache 14/3222**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Nun rufe ich die laufende Nummer 71 auf: **Änderungsantrag Drucksache 14/3223**. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen.

Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Und wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** mit der laufenden Nummer 72 **Drucksache 14/3224**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Auch dieser Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 73: **Änderungsantrag Drucksache 14/3225**. Wer enthält sich bei diesem Antrag? – Niemand enthält sich. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD sind für diesen letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 03. Dennoch ist er **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3003**. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist für diesen Einzelplan, so wie er jetzt vorliegt? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen diesen Einzelplan in der vorgeschlagenen Form? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen in den Haushaltsberatungen zum **Einzelplan 08**:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Der Einzelplan umfasst die Teilbereiche Wirtschaft und Mittelstand, Energie sowie Landesplanung. Ich weise noch hin auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 74 bis 76 der Tischvorlage.

Ich eröffne hiermit die Beratung über den **Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“**.

Zu Wort gemeldet hat sich für den ersten Teilbereich für die SPD-Fraktion Herr Kollege Eiskirch. Das Rednerpult steht ihm offen. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bevor Herr Eiskirch beginnt, möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, Ihre Gespräche – wenn sie denn nötig sind – draußen fortzusetzen. Noch schöner wäre es natürlich, Sie würden im Saal bleiben und den Ausführungen des Redners der Opposition folgen. – Herr Eiskirch, Sie haben das Wort.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Vielen Dank. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland geht es wirtschaftlich wieder besser. Es gibt wieder mehr Wachstum, ein besseres Investitionsklima und etwas mehr Arbeitsplätze. Es muss zweifelsohne noch mehr geschehen, aber all das gibt es wieder.

(Beifall von einem Abgeordneten der CDU)

– Da klatscht jemand aus der richtigen Richtung. Das ist nämlich vornehmlich ein Verdienst der Wirtschaft und beruht auf den Rahmenbedingungen und Impulsen, die die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU richtigerweise gesetzt und gegeben hat.

(Lachen bei CDU und FDP)

Es ist völlig richtig, dass die Politik kein Wirtschaftswachstum schaffen kann. Sie kann aber Impulse geben und Rahmenbedingungen setzen. Die Große Koalition in Berlin hat genau das getan. Sie hat ein Wachstums- und Marktanzreizprogramm aufgelegt. Dieses umfasst 6 Milliarden € für zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, 9,4 Milliarden € für die Mittelstandsförderung – zum Beispiel für das wirklich gut anlaufende Gebäudesanierungsprogramm –, 4,3 Milliarden € für Verkehrsinvestitionen und 2,5 Milliarden € für die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Jeder Euro dient als Impulsgeber. Aus jedem Euro werden weitere Euros, weil Investitionen wiederum Investitionen nach sich ziehen. Das hat die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU gut gemacht.

In Berlin wird gehandelt. In Düsseldorf wird der Mond angeheult und gehofft, dass von den Impulsen aus Berlin möglichst viel in NRW ankommen möge, statt durch eigenes Handeln diese Entwicklung zu unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, hier in Düsseldorf gibt es auch keine FDP! – Beifall von der SPD)

Sie, Frau Ministerin Thoben, legen für das Jahr 2007 einen absolut impulsarmen Haushalt in Bezug auf die Bereiche Wirtschaft und Mittelstand vor, in dem Sie vornehmlich Landesgeld durch Geld anderer Ebenen ersetzen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass jeder Euro ...

(Unruhe – Der Redner wendet sich an den Präsidenten.)